

Ä3 Gerecht. Global. Grün. | Vier Dimensionen globaler Strukturpolitik

Antragsteller*in: Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV)

Status: Behandelt

Titel

Ändern in:

Gerecht. Global. Grün. | Dimensionen globaler Strukturpolitik

Änderungsantrag zu A1

1. Die Würde des Menschen ist unantastbar – weltweit und für alle Zeit!

„Jeder hat Anspruch auf eine soziale und internationale Ordnung, in der die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden.“

Art. 28 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

Übergeordnetes Ziel unserer Politik ist eine gerechte, solidarische und nachhaltige Welt. Im Sinne der Agenda 2030 fordern wir ein erweitertes Verständnis von Entwicklung, indem soziale, ökonomische und ökologische Nachhaltigkeitsziele zusammengedacht werden und in diesem Sinne alle Länder ‚Entwicklungsländer‘ sind. Entwicklung muss den Menschen und nicht die Menschen der Entwicklung dienen. Der Zivilpakt und der Sozialpakt der Vereinten Nationen implizieren, dass alle Individuen Rechtsträger sind. Sie haben ein Recht auf ein Leben ohne Furcht und Not, ein Recht auf Nahrung, ein Recht auf Entwicklung und das gleiche Recht am Leben auf der Erde und der Nutzung der globalen Ressourcen. Allen Menschen – heute und in Zukunft – müssen vergleichbar geeignete Entwicklungsbedingungen gewährleistet werden können. Dies betrifft neben der Sicherung geeigneter sozialer Verhältnisse (Frieden, Sicherheit, und persönlicher Rechte) insbesondere grundlegende Lebensbedingungen und Bedürfnisse bezüglich Gesundheit, Ernährung sowie Lebens- und Wohnraum. Aus diesem Grund kommt gerade den globalen, natürlichen Lebensgrundlagen die zentrale Bedeutung zu: Atmosphäre, Ozeane, Biodiversität, Land und Wälder.

Die Würde des Menschen ist überall und immer unantastbar, sie gilt unabhängig vom Geburtsort oder vom Geburtstag. Wir stehen damit für eine Politik, die räumliche und zeitliche Gerechtigkeit zum Ziel hat. Unsere Verantwortung endet nicht an nationalen Grenzen oder an den Interessen unserer Generation, sie achtet die Rechte aller Menschen. Diese Überzeugung leitet uns bei unseren politischen Entscheidungen. Dabei ist der Geist der Emanzipation und des Humanismus unsere Triebfeder. Wir kämpfen dafür, dass alle Menschen – heute und in Zukunft – ihre Fähigkeiten entfalten können. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere politischen und wirtschaftlichen Handlungen Menschenrechte nirgendwo auf dieser Welt verletzen. Wir wollen mit der Übertragung von Verantwortung, dass alle Menschen ein Leben leben, das sie selbst wertschätzen. Dabei weisen wir kulturellen und wirtschaftlichen Hegemonismus zurück, der Gesellschaften auf eindimensionale Entwicklungspfade führt und die natürlichen Lebensgrundlagen zerstört. Gleichzeitig verteidigen wir die Universalität der Menschenrechte und individueller Freiheiten als Basis für menschliche Entfaltung und gesellschaftlicher emanzipatorischer Prozesse immer wieder aufs Neue. Diese Grundrechte sind nicht verhandelbar. Dabei sind wir immer eine populäre Stimme für Gleichberechtigung der Geschlechter und Diversity. Selbstverständlich setzen wir uns dafür ein, dass jede*r überall und zu jeder Zeit am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben vollständig gleichberechtigt teilhat.

Die Entwicklungszusammenarbeit muss eingebettet sein in eine Globale Strukturpolitik. Grüne Entwicklungszusammenarbeit im Sinne einer globalen Gerechtigkeit beteiligt sich an der Umsetzung der universellen Menschenrechte durch konkrete Projekte in Partnerländern, aber auch als Anwältin

für die Belange der Menschen in den ärmeren Teilen der Welt. Ministerien, Durchführungsorganisationen, multilaterale Akteure und die Zivilgesellschaft müssen Politikkohärenz leben. Grüne Entwicklungszusammenarbeit ist immer politisch und mischt sich ein, wenn Rassismus und Menschenrechtsverletzungen erfolgen. In einer Welt starker nationalistischer Bestrebungen muss sie noch stärker darauf ausgerichtet werden, Brücken zwischen Ländern zu bauen und Verständnis, Toleranz und Wertschätzung füreinander zu schaffen.

2. Unsere Weltordnung geht auch gerecht!

Unsere globale Strukturpolitik ist das Gegenkonzept zu einer Weltordnung, die von einer neoliberalen Logik und Deregulierung geprägt ist und damit den Abbau politischer Normen vorantreibt, die soziale Ungleichheiten befördert und die natürlichen Lebensgrundlagen zerstört. Es ist bisher nicht gelungen, die multilateralen Institutionen zu reformieren und die Globalisierung zu regulieren, um gerechte Lebensverhältnisse für alle zu schaffen. Die Kluft zwischen arm und reich, zwischen denen, die teilhaben, und denen, die ausgeschlossen sind, geht weiter auseinander. Damit spielen insbesondere die Industrieländer den Feinden der offenen Gesellschaft in die Hände. Als vermeintlich einfache Antwort auf das Scheitern der Global Governance erstarken Regierungen, die nationalstaatlich denken und das Aufkommen einer neuen Rechten bzw. neo-faschistischen Bewegung befördern. Ihre Macht basiert auch auf dem gescheiterten Globalisierungsmodell neoliberaler Jahrzehnte, in dem die Rendite der Wenigen wichtiger war als die Lebensqualität der Vielen. Die neue nationalstaatliche Stärke ist aber im Kern eine Schwäche. Denn der Nationalismus macht Länder nicht handlungsfähiger, sondern blockiert internationale Kooperation, die zur Lösung vieler Probleme unabdingbar ist. Der neue Nationalismus ist somit ein Symptom der Krise des Multilateralismus und gefährdet sowohl die innere, als auch die internationale Sicherheit mehr denn je.

Wir stehen zur internationalen Kooperation in dem Bewusstsein, dass sich die großen Menschheitsprobleme, die auch alle Nationalstaaten betreffen, nicht hinter nationalen Mauern lösen lassen. Dabei dürfen wir nicht blind die Formate der Globalisierung verteidigen, deren Ausgestaltung wir seit Jahrzehnten zu Recht kritisieren. Denn Globalisierung ist kein Selbstzweck, wir müssen sie im Interesse der nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen über eine globale Strukturpolitik gestalten und die vielfältigen Vorteile kulturellen und wirtschaftlichen Austauschs gerecht verteilen. Dazu zählt, dass wir global denken und lokal handeln – mit diesem Auftrag müssen wir konsequent unsere gesamte Politik an der Agenda 2030 ausrichten. Wir dürfen nicht länger hinnehmen, dass wir teilweise mit unserer Wirtschafts-, Finanz- und Handelspolitik diese Ziele unterlaufen und das einreißen, was wir mit unserer Entwicklungszusammenarbeit aufgebaut haben. Wir müssen politikfeldübergreifend und interdisziplinär denken und handeln. Globale Strukturpolitik darf nicht nur „als Politik nach außen“ betrachtet werden, sondern ist immer auch Innenpolitik.

Das multilaterale System ist nur so gut wie seine Teile – die Staaten und ihre jeweilige innere Aufstellung zur Adressierung globaler Fragen. Dafür müssen auch in Deutschland staatliche Entscheidungsstrukturen geschaffen werden, die innere Widersprüche konsequent im Sinne einer nachhaltigen und gerechten globalen Entwicklung angehen. Eine solche wäre ein „Ministerium für globale Entwicklung“, das sich mit den dringendsten Herausforderungen der Globalisierung auseinandersetzt. Ein solches Ministerium sollte darauf ausgerichtet sein, neue globale Zusammenarbeit auf der Grundlage gemeinsamer Interessen zu schaffen und innenpolitische Zielkonflikte aufzudecken und aufzulösen.

Es bedarf auch einer Demokratisierung von Global Governance. Konzepte für die Demokratisierung multilateraler Systeme und Prozesse müssen erprobt werden. Während in der Generalversammlung der Vereinten Nationen alle Länder gleichwertig repräsentiert sind, sind sie dies immer nur über ihre Regierungen und dies unabhängig davon, ob diese aus freien und fairen Wahlen hervorgegangen ist oder nicht. Die Einrichtung eines VN-Parlamentes bestehend aus nationalen Volksvertreter*innen, die in von den VN beobachteten freien und fairen nationalen Wahlen hervorgehen, würde einen

wesentlichen Beitrag zur Stärkung der Legitimität des multilateralen Systems leisten. Im heutigen digitalen Zeitalter sind auch weitere globale partizipative Formate möglich, hier muss mutig und innovativ gedacht werden. Die Kontrollmöglichkeiten von multilateralen Institutionen durch zivilgesellschaftliche Akteure müssen erhöht werden. Im Sinne der Agenda 2030 sollten hierfür neue zivilgesellschaftliche Bündnisse sowie politische und wissenschaftliche Kooperationen gefördert werden, u.a. zwischen den großen sozial-, umwelt- und entwicklungspolitischen Verbänden. Insbesondere muss alles unternommen werden, dass diese Zusammenarbeit auf die Bedürfnisse und Visionen der Bevölkerungen in armen Ländern eingeht und entsprechende demokratische und partizipative Dialogstrukturen schafft. Die Interdependenz zwischen Innen und Außen erfordert entsprechend auch, dass Graswurzelorganisationen oder Eine-Welt-Netzwerke sich mit Themen wie Demokratie im Inland verstärkt auseinandersetzen. Der Rechtsruck innerhalb Deutschlands und der EU verkleinert auch ihren Handlungsspielraum, was wiederum ihre Einflussmöglichkeit auf internationale Verhandlungen stark einschränkt.

3. Große Transformation

Die Große Transformation in eine sozial-ökologisch und wirtschaftlich nachhaltige Zukunft ist unser Entwicklungsparadigma. Unser Ziel ist ein Wirtschafts- und Finanzsystem, mit dem wir globale Gerechtigkeit im Jetzt herstellen und nicht länger auf Kosten zukünftiger Generationen und unserer natürlichen Lebensgrundlagen leben. Dies erfordert eine radikale Transformation bisheriger Produktions- und Konsummuster. Die sozialen und ökologischen Kosten unserer Art zu wirtschaften und zu leben müssen transparent gemacht und in die Preise integriert werden und der Verbrauch und die Belastung unserer natürlichen Lebensgrundlagen müssen im Rahmen der planetaren Grenzen bleiben. Wir müssen bereit sein, die Verteilungs- und Verteidigungskämpfe gegen die aktuellen Profiteure des Systems – zu denen wir meist auch selbst gehören – konsequent zu führen.

Wirtschaftliches Wachstum allein ist kein sinnvolles Maß für Wohlstand und Lebensqualität. Vielmehr sind Wirtschaft und Handel Mittel zum Zweck der Erreichung einer größtmöglichen Lebensqualität für alle im Rahmen der Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung und der planetaren Grenzen. Solange Wachstum auf Kosten der natürlichen Lebensgrundlagen geht, setzen wir uns für eine Begrenzung systeminhärenter Wachstumstreiber ein und dafür dass die Verursacher der Umweltzerstörung für deren Wiederherstellung oder Kompensationsmaßnahmen aufkommen. Wir stehen damit für ein Wirtschaftssystem, das nicht nur soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit in Deutschland garantiert, sondern globale Gerechtigkeit ermöglicht und damit universalisierbar ist. Auch das ist notwendige Voraussetzung für Glaubwürdigkeit in der Politik, für die wir stehen.

Im Rahmen der Agenda 2030 muss "wirtschaftliche Entwicklung" auch in unseren Partnerländern im Sinn einer nachhaltigen Entwicklung definiert werden. Wir wollen Alternativen aufzeigen für Teilhabe und verbesserte Lebensperspektiven nötiges wirtschaftliches Wachstum nicht auf Kosten der sozialen Kohäsion und ökologischer Nachhaltigkeit zu realisieren. Im Sinne von Selbstbestimmung und angesichts planetarer Grenzen und bestehender Ungleichheiten müssen wir auch bereit sein, von Partnern verfolgte alternative Entwicklungspfade zu unterstützen, die der Agenda 2030 entsprechen – etwa die konsequente Verfolgung einer regionalen Kreislaufwirtschaft zum Aufbau wirtschaftlicher Resilienz. Faire Märkte spielen eine Schlüsselrolle zur Entfaltung menschlichen Potenzials, wenn sie wirtschaftliche Diversität und Innovation befördern. Sie müssen gegen die Tendenzen der Monopolisierung im Markt und Vermachtung im Staat verteidigt werden. Wir stellen uns einer breiten Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge und Infrastruktur entgegen. Die Handelbarkeit und Renditeerwartung darf bei Investitionsentscheidungen nicht über dem öffentlichen Interesse stehen. Arme Länder dürfen nicht dafür bestraft werden, dass sie die Entwicklung ihrer Volkswirtschaften anstreben, sondern müssen konkrete Unterstützung erfahren, um dies auf eine nachhaltige Art und Weise zu tun. Dies bedeutet auch, dass wir globale Verteilungsgerechtigkeit in einem System natürlich begrenzter Ressourcen neu denken müssen.

Hoffnungslosigkeit und wirtschaftliche Stagnation ist zum Teil die Verantwortung der Regierungen oder auch Gesellschaften der armen Länder selbst. Gleichzeitig müssen wir die globalen Wirtschafts- und Finanzstrukturen offenlegen und ändern, die eine nachhaltige Entwicklung ärmerer Staaten erschweren oder unmöglich machen – auch in Deutschland. Dazu gehören grassierende Steuer- und Kapitalflucht aus Entwicklungs- und Schwellenländern, die Subventionierung der landwirtschaftlichen Produktion in Industrieländern, die Monopolisierung ganzer Handelszweige sowie die Privatisierung tradierten Wissens durch globale Konzerne oder die kontinuierliche Ausbeutung natürlicher Ressourcen ohne den Aufbau lokaler Wertschöpfungsketten und die Destabilisierung durch Rüstungsexporte insbesondere von Kleinwaffen. Wir fordern daher eine konsequente Überprüfung aller Politikfelder auf die Vereinbarkeit mit den nachhaltigen Entwicklungszielen und – wo immer nötig – entschlossenes Gegensteuern. Wir wollen durch die gezielte Öffnung der Märkte der Industrieländer eine breitenwirksame und inklusive Wertschöpfung in ärmeren Ländern unterstützen.

4. Globaler Klima-, Biodiversitäts- und Meeresschutz – es gibt keinen Planet B!

Entwicklung und Armutsbekämpfung ist ohne dem Klimawandel, dem Biodiversitätsverlust und der Degradierung der Meere entgegenzutreten, die Ressourcen zu schonen und die ökologischen Lebensgrundlagen zu erhalten, nicht möglich. Dies gilt für jedes Land auf dieser Erde. Wir wollen das im Pariser Klimaabkommen verankerte Prinzip der "gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung" konkret in die Praxis umsetzen. Die Weltgemeinschaft hat insbesondere ein Interesse daran, den signifikanten Investitionsbedarf v.a. im Energie-, Wohnungsbau- und Transportsektor im Interesse ökologischer Nachhaltigkeit in Form der Unterstützung des Einsatzes hochmoderner Infrastruktur zu decken. Der Schutz und die Bereitstellung globaler Gemeingüter erfordert multilaterale Kooperation und angemessene Lastenteilung.

Zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens wollen wir anderen als zentralstaatlichen Akteuren viel mehr Raum für Innovation, Fortschritt und Eigeninitiative geben und damit die auf dieser Ebene häufig progressiveren Kräfte stärken. Durch die Förderung dezentraler Prozesse und basisdemokratischer Elemente wollen wir den subnationalen Ebenen und Regionen künftig zu mehr Gewicht und Mitsprache in der internationalen und den nationalen Politiken verhelfen. Im Bereich des Biodiversitätserhaltes gilt es, ähnlich dem Pariser Abkommen, ein Abkommen der kontinuierlichen Weiterentwicklung der Zielvorgaben und konsequenten Umsetzung zu vereinbaren und nachzuhalten. Im Bereich des Meeresschutzes gilt es, ein globales Regime zum Schutz dieses globalen Gemeingutes aufzubauen.

Begründung

Menschenrechte sind vielmehr Grundlage/Querschnittsthema als eine einzelne Dimension. Vorschlag nur von drei Dimensionen zu sprechen und diese auch einmal klar so zu benennen.